



Kinderrechte im Parlament – Rückschau auf die Wintersession 2016

Im **Nationalrat** wurden in der vergangenen Wintersession zahlreiche kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Insbesondere zu erwähnen ist die Behandlung der bundesrätlichen Vorlage zur [Genehmigung des dritten Fakultativprotokolls zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes](#) (UN-Kinderrechtskonvention). Dieses sieht v.a. ein Mitteilungsverfahren vor, mit dessen Hilfe Kinder und ihre Vertreter/innen nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention vor dem UN-Kinderrechtsausschuss geltend machen können. Nach dem Ständerat folgte auch der Nationalrat dem Bundesrat und sprach sich mit 116 zu 66 Stimmen für die Ratifizierung aus (vgl. auch den [Webbeitrag](#) dazu). Zwei weitere Vorstösse befassten sich mit einer Reduktion der Krankenkassenprämien für Kinder und junge Erwachsene ([10.407](#) Parlamentarische Initiative Humbel „Prämienbefreiung für Kinder“ und [13.477](#) Parlamentarische Initiative Rossini „KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene“). Der Nationalrat beschloss, dass Kinder und junge Erwachsene künftig weniger Krankenkassenprämien bezahlen sollen. Mit dem Geld, das die Kantone dadurch bei den Prämienverbilligungen für junge Erwachsene einsparen, sollen diese die Kinderprämien von Familien mit tiefen und mittleren Einkommen senken. Diese müssen künftig um mindestens 80% verbilligt werden.

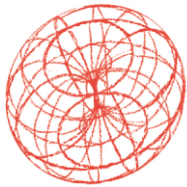
Im **Ständerat** ist aus Sicht der Kinderrechte besonders die Vorlage des Bundesrates zur [Änderung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung](#) zu erwähnen. Gegen den Willen seiner Kommission ist der Ständerat mit 24 zu 19 Stimmen auf die Vorlage des Bundesrats eingetreten und schickt die Vorlage nun zurück an seine Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WAK-S). Der Bundesrat will mit der Vorlage die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Berufstätige Eltern sollen für die Drittbetreuung ihrer Kinder weniger bezahlen und das Betreuungsangebot soll besser auf ihre Bedürfnisse abgestimmt werden. Der Bundesrat will dazu während fünf Jahren 100 Millionen Franken als Anstossfinanzierung zur Verfügung stellen. Knapp angenommen, mit Stichentscheid des Ratspräsidenten, hat der Ständerat weiter die Motion von Natalie Rickli „[Kinderpornografie. Verbot von Posing-Bildern](#)“. Der Bundesrat muss nun eine Strafnorm dazu ausarbeiten. Die Motion von Viola Amherd „[Sexting bekämpfen](#)“ hat der Ständerat jedoch mit 25 zu 14 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit des Rats vertritt die Auffassung, die geltenden Bestimmungen im Strafgesetz böten genügend Schutz.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten).

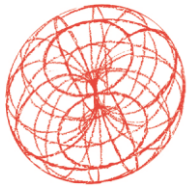
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



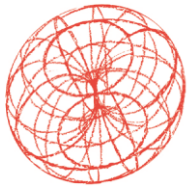
Datum	Nationalrat	Ständerat
28.11.2016	-	<p><u>16.055</u> (Geschäft des Bundesrates): Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Änderung.</p> <p>Der Bundesrat will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Berufstätige Eltern sollen für die Drittbetreuung ihrer Kinder weniger bezahlen und das Betreuungsangebot soll besser auf ihre Bedürfnisse abgestimmt werden. Der BR will dafür für fünf Jahre 100 Millionen Franken als Anstossfinanzierung zur Verfügung stellen. Die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WAK-S) beantragt dem Ständerat mit Stichentscheid der Präsidentin (6 zu 6 Stimmen, ein Nichteintreten. Die Kommission begründet dies damit, dass die bestehenden Finanzhilfen bereits zweimal verlängert wurden und dass der Gegenstand der Vorlage in den Zuständigkeitsbereich der Kantone und Gemeinden falle. Eine Minderheit beantragt, auf die Vorlage einzutreten.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Gegen den Willen seiner Kommission ist der Ständerat mit 24 zu 19 Stimmen auf die entsprechende Vorlage des Bundesrats eingetreten. Nur eine Minderheit des Rates fand, dass sich eine Diskussion darüber erübrige. Das Geschäft geht zurück an die Kommission.
29.12.2016	-	<p><u>16.025</u> (Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020.</p> <p>Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz. Der Ständerat beriet offene Differenzen in der Berufsbildung. Mit 26 zu 16 Stimmen hat sich der Ständerat weitgehend dem Nationalrat angenähert, betreffend die Härtefallregelung bezüglich der Ausbildungskosten legt der Ständerat eine Kompromissformulierung vor.</p>



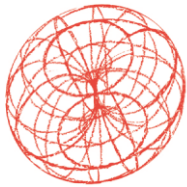
Datum	Nationalrat	Ständerat
01.12.2016	<p>15.458 (Parlamentarische Initiative Quadranti): Elternzeit. Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub (SGK) Die Vorlage fordert die Ausarbeitung der nötigen gesetzlichen Grundlagen, welche ergänzend zum geburtsbezogenen 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen maximal 14-wöchigen Elternurlaub vorsehen. Es ist festzulegen, zu welchen Teilen er vom Vater bezogen werden kann/muss (ein Bezug zu 100 Prozent ist denkbar); ebenso unter welchen Bedingungen. Gesamthaft ergibt sich dadurch eine Elternzeit von maximal 28 Wochen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates beschloss, dem Vorstoss keine Folge zu geben.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt. <p>15.466 (Parlamentarische Initiative Amherd): Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Die Vorlage will, dass der Bund ein Kompetenzzentrum für den Kinder- und Jugendmedienschutz schafft, in das die Kantone, die Wirtschaft und die einschlägigen privaten Institutionen eingebunden sind. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere: die Koordination und der Informationsaustausch im gesamten Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes, die Durchführung von Präventions- und Informationsprogrammen, die Beratung von Programmleitenden, Eltern und Erziehungsberechtigten usw., die Vertretung der schweizerischen Anliegen in der internationalen Zusammenarbeit; und das Monitoring und die weitere Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Die vorberatende Bildungskommission des Nationalrats (WBK-NR) gibt der Vorlage keine Folge (13 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung).</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt.	<p>13.030 (Geschäft des Bundesrats): Ausländergesetz. Änderung. Integration. Der Bundesrat schlägt mit der Vorlage Anpassungen vor, die die Arbeitsmarktintegration von erwerbsfähigen Personen aus dem Asylbereich verbessert und behandelt drei parlamentarische Initiativen zu den Themen: Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen (pa. Iv. 08.428), Handlungsspielraum für die Behörden beim Entzug einer Niederlassungsbewilligung im Fall von Sozialhilfeabhängigkeit (pa. Iv. 08.450) und zur Vereinheitlichung des Familiennachzugs (pa. Iv. 10.485). Aus kinderrechtlicher Sicht interessiert hierbei vor allem der Aspekt des erschwerten Familiennachzuges. Der Ständerat hat der Vorlage 2013 zugestimmt, nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat das Parlament diese jedoch zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückgewiesen. Der Nationalrat stimmte der neuen Vorlage des Bundesrats zu und verzichtet – anders als die vorberatenden Kommissionen – auf radikale Massnahmen beim Familiennachzug. Dieser bleibt auch künftig für vorläufig aufgenommene Personen nach drei Jahren möglich, sofern jene keine Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen. Künftig wird nur noch eine Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) erhalten, wer gut integriert ist. Der Ständerat befasste sich nun zum ersten Mal mit der überarbeiteten Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat ist in den meisten Punkten dem Nationalrat gefolgt. Dabei hiess er auch eine umstrittene Verschärfung gut: Wer eine Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) hat, kann diese wieder verlieren. Schon heute ist das möglich, zum Beispiel bei Verstössen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder bei dauerhaftem Bezug von Sozialhilfe. Neu sollen die Behörden den C-Ausweis nun auch widerrufen beziehungsweise auf eine B-Ausweis zurückstufen können, wenn ein Ausländer oder eine Ausländerin nicht bereit ist, sich zu integrieren.



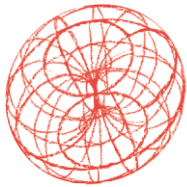
Datum	Nationalrat	Ständerat
01.12.2016	<p><u>15.470</u> (Parlamentarische Initiative Masshardt): Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion nach der Geburt.</p> <p>Die Vorlage fordert, dass das Obligationenrecht (OR) so anzupassen wird, dass Arbeitnehmenden nach der Geburt eines Kindes ein Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion gewährt wird (höchstens 20 Prozent). Dieser ist analog zur Regelung für das Bundespersonal (Art. 60a BPV, Reduktion des Beschäftigungsgrads nach der Geburt oder Adoption) auszugestalten. Kleinere Unternehmen können von der Regel ausgenommen werden. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats hat mit 12 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, der Vorlage keine Folge zu geben.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt.	<p><u>14.3367</u> (Motion Viola Amherd): Sexting bekämpfen.</p> <p>Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament eine Ergänzung des Strafgesetzbuches zu unterbreiten, welche Sexting als eigenen Straftatbestand beinhaltet. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass es keinen neuen Straftatbestand braucht, die Motionärin kritisiert jedoch, dass im geltenden Strafrecht bei Sexting insbesondere die Regelung zur Pornografie zur Anwendung kommt. Diese setzt jedoch voraus, dass die Aufnahme pornografisch sei. Beim Sexting gehe es aber um Bilder, die nicht direkt pornografisch seien. Der Nationalrat überwies die Motion trotzdem. Der Ständerat befasste sich nun zum ersten Mal mit der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat hat die Motion mit 25 zu 14 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit vertrat die Auffassung, die geltenden Bestimmungen böten genügend Schutz. Sinnvoller als eine neue Strafnorm sei die Sensibilisierung. Auch der Bundesrat hatte auf existierende Strafnormen verwiesen, die im Zusammenhang mit Sexting schon heute zur Anwendung gelangen können. Neben den strafrechtlichen Bestimmungen zu Pornografie sind das jene zu Drohung oder Nötigung. Hinzu kommen zivilrechtliche Bestimmungen zum Schutz der Persönlichkeit. Mit dem Nein ist der Vorstoss vom Tisch.



Datum	Nationalrat	Ständerat
05.12.2016	<p><u>15.085</u> (Geschäft des Bundesrats): Fakultativprotokoll von 2011 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Genehmigung.</p> <p>Der Bundesrat unterbereitet dem Parlament die gesetzliche Vorlage zur Genehmigung des dritten Fakultativprotokolls zur UNO-Kinderrechtskonvention. Dieses sieht v.a. ein Mitteilungsverfahren vor, mit dessen Hilfe Kinder und ihre Vertreter/innen nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention vor dem UN-Kinderrechtsausschuss geltend machen können. Das Fakultativprotokoll beinhaltet ausserdem ein zwischenstaatliches Mitteilungsverfahren und ein Untersuchungsverfahren. Durch Letzteres kann der UN-Kinderrechtsausschuss Fälle schwerwiegender oder systematischer Verletzungen der UN-KRK oder der Fakultativprotokolle von sich aus untersuchen, sofern der betroffene Vertragsstaat dies nicht ausgeschlossen hat. Die Auffassungen des Ausschusses in diesen Verfahren sind rechtlich nicht verbindlich und können durch Empfehlungen zu ihrer Umsetzung ergänzt werden. Der Ständerat hatte der Vorlage bereits zugestimmt.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Schweiz kann dem dritten Fakultativprotokoll zur UNO-Kinderrechtskonvention beitreten, mit dem die Rechte der Kinder gestärkt werden sollen. Der Nationalrat hat sich als Zweitrat für die Ratifizierung ausgesprochen, mit 116 zu 66 Stimmen.	<p><u>15.317</u> (Standesinitiative Kt. NE): Familienbesteuerung. Anpassung der Gesetzgebung an die neuen Familienformen.</p> <p>Die Bundesversammlung wird ersucht, die gesetzlichen Grundlagen für die Familienbesteuerung zu ändern. Dabei gilt es insbesondere, die Ungleichheiten zwischen der Besteuerung der Alimamente an minderjährige und jener an volljährige Kinder zu beseitigen und die Abzugsregelungen für verheiratete, unverheiratete und geschiedene Paare zu harmonisieren. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats lehnte die Vorlage mit 10:0 Stimmen bei einer Enthaltung ab.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat hat eine Standesinitiative des Kantons Neuenburg stillschweigend abgelehnt. Die Initiative hatte verlangt, dass die Familienbesteuerung besser an die verschiedenen Familienmodelle angepasst werde. Insbesondere sollte die ungleiche Besteuerung von Alimementen für minderjährige und volljährige Kinder beseitigt werden. Zudem sollten die Abzugsregelungen für verheiratete, unverheiratete und geschiedene Paare harmonisiert werden. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.



Datum	Nationalrat	Ständerat
	<p>16.025 (Geschäft des Bundesrats): Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020. Für die Umsetzung der verschiedenen Fördermassnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation beantragt der Bundesrat rund 26 Milliarden Franken für vier Jahre. Gleichzeitig legt er dem Parlament fünf Gesetzesrevisionen und ein neues Gesetz zur Genehmigung vor. Aus Sicht der Kinderrechte relevant sind dabei vor allem die Gesetze über die Berufsbildung, die Finanzierung der Berufs- und Weiterbildung sowie das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz. Der Nationalrat behandelte offene Differenzen zum Ständerat:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Nationalrat hat beim Berufsbildungsgesetz die letzte Differenz zum Ständerat ausgeräumt. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmungen. Künftig wird der Bund bis zur Hälfte die Kosten einer höheren Berufsausbildung übernehmen. Neu finanziert der Bund auch Beiträge an Absolventen von Kursen zur Vorbereitung auf eidgenössische Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen. Vor der Prüfung sollen Teilbeiträge auf Antrag hin gewährt werden. 	
06.12.2016	-	<p>14.3022 (Motion Rickli): Kinderpornografie. Verbot von Posting Bildern. Der Bundesrat wird beauftragt, eine dahingehende Gesetzesrevision vorzubereiten, dass der gewerbsmässige Handel mit Nacktfotos und entsprechenden Filmaufnahmen von Kindern künftig unter Strafe gestellt wird. Der Bundesrat beantragte die Annahme der Motion, der Nationalrat hat sie bereits angenommen. Der Ständerat befasste sich zum ersten Mal mit der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat hat die Motion mit Stichentscheid des Ratspräsidenten angenommen. Der Bundesrat muss nun eine Strafnorm ausarbeiten. Er hatte sich nicht dagegengestellt, aber auf heikle Abgrenzungsschwierigkeiten hingewiesen.



Datum	Nationalrat	Ständerat
06.12.2016		<p><u>15.4016</u> (Motion Gmür): Zeltplätze der Jugendorganisationen. Bessere Rahmenbedingungen.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit Jugendorganisationen ungenutzte Schiess- und Übungsplätze der Armee vereinfacht erwerben können. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat stimmte der Motion jedoch zu.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Jugendorganisationen wie Pfadi- oder Jungwacht Blauring sollen nicht bevorzugt behandelt werden, wenn ungenutzte Schiess- und Übungsplätze der Armee zu vergeben sind. Der Ständerat hat die Motion aus dem Nationalrat oppositionslos abgelehnt. <p><u>16.3644</u> (Postulat Jositsch): Präventionsprojekt "Kein Täter werden" für die Schweiz.</p> <p>Der Bundesrat wird aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, welche Wirkung Präventionsprojekte wie "Kein Täter werden" oder "Dis Non" auf potentielle pädosexuelle Straftäter haben resp. wie erfolgreich sie in der Praxis sind. Weiter soll geklärt werden, ob ein ausgebautes Präventionsangebot für pädosexuelle Personen entsprechende Übergriffe verhindern könnte und falls ja, wie ein solches Angebot sichergestellt werden kann und welche Rolle dem Bund dabei zukommen würde.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat hat das Postulat oppositionslos an den Bundesrat überwiesen. Der Bundesrat muss nun die Fragen des Postulats in einem Bericht klären.



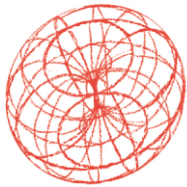
Datum	Nationalrat	Ständerat
08.12.2016	<p><u>15.075</u> (Geschäft des Bundesrates): Bundesgesetz über Tabakprodukte.</p> <p>Das neue Tabakproduktegesetz hat zum Ziel, die Bevölkerung und insbesondere Jugendliche vor den negativen Folgen des Tabakkonsums zu schützen. Da die meisten Raucherinnen und Raucher (57%) vor ihrem 18. Geburtstag mit dem Rauchen beginnen, spielt der Jugendschutz im Gesetz eine zentrale Rolle: ein Verkaufsverbot von Tabakprodukten an Minderjährige und eine Einschränkung von Werbeformen, die für Kinder und Jugendliche leicht zugänglich sind (Werbung auf Plakaten, im Kino und in Print- und Onlinemedien werden verboten). Ebenso untersagte Tabakproduktwerbung wäre die Abgabe von Geschenken an die Konsumentinnen und Konsumenten oder das Sponsoring von Grossanlässen.</p> <p>Der Ständerat hatte das Geschäft in der Sommersession an den Bundesrat zurück-gewiesen, mit dem Auftrag, eine neue Vorlage auszuarbeiten, die unbestrittene Elemente der geltenden Tabakverordnung wie den Kinder- und Jugendschutz umfasst. Von Einschränkungen der Werbung im Kino oder auf Plakaten, der Verkaufsförderung und des Sponsorings wollte die Ständeratsmehrheit aber nichts wissen. Die Gesundheitskommission des Nationalrats wollte die Vorlage jedoch nicht an den Bundesrat zurück weisen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Auch der Nationalrat will nichts wissen von einem Werbeverbot und hat das Bundesgesetz über Tabakprodukte an den Bundesrat zurückgewiesen. Die freie Marktwirtschaft sei höher zu gewichten als die Prävention. Mit 101 zu 75 Stimmen bei 14 Enthaltungen folgte die grosse Kammer am Donnerstag dem Ständerat, welcher die Vorlage in der Sommersession mit 28 zu 15 Stimmen zurückgewiesen hatte. Die Mehrheit von SVP, FDP und CVP brachte das Gesetz zu Fall. Die nationalrätliche Gesundheitskommission hatte hingegen dafür plädiert, das Gesetz zu beraten und allenfalls Änderungen anzubringen.	-



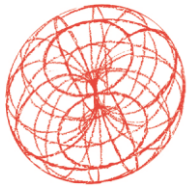
Datum	Nationalrat	Ständerat
08.12.2016	<p><u>12.470</u> (Parlamentarische Initiative Joder): Bessere Unterstützung für schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder, die zu Hause gepflegt werden.</p> <p>Der Vorstoss verlangt, dass die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden, dass Familien, die schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder zu Hause pflegen, besser und wirkungsvoller unterstützt werden. Die Kommissionen für Soziale Sicherheit und Gesundheit beider Räte sind auf die Vorlage eingetreten.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Familien, die ihr schwerkrankes oder schwerbehindertes Kind zu Hause pflegen, sollen mehr Geld erhalten. Der Nationalrat hat die Vorlage mit 186 zu 2 Stimmen bei zwei Enthaltungen deutlich gutgeheissen. 	
12.12.2016	<p><u>13.030</u> (Geschäft des Bundesrats): Ausländergesetz. Änderung. Integration.</p> <p>Der Bundesrat schlägt mit der Vorlage Anpassungen vor, die die Arbeitsmarktintegration von erwerbsfähigen Personen aus dem Asylbereich verbessert und behandelt drei parlamentarische Initiativen zu den Themen: Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen (pa. Iv. 08.428), Handlungsspielraum für die Behörden beim Entzug einer Niederlassungsbewilligung im Fall von Sozialhilfeabhängigkeit (pa. Iv. 08.450) und zur Vereinheitlichung des Familiennachzugs (pa. Iv. 10.485). Aus kinderrechtlicher Sicht interessiert ist vor allem der Aspekt des erschwerten Familiennachzuges. Der Ständerat stimmte der Vorlage 2013 zu, nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat das Parlament diese jedoch zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückgewiesen. Der Nationalrat stimmte der neuen Vorlage des Bundesrats zu und verzichtete – anders als die vorberatenden Kommissionen – auf radikale Massnahmen beim Familiennachzug.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Nationalrat hat die letzten Differenzen zum Ständerat ausgeräumt und das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung. 	-



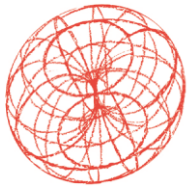
Datum	Nationalrat	Ständerat
12.12.2016	<p><u>16.3407</u> (Postulat Feri): Analyse der Situation von Flüchtlingsfrauen.</p> <p>Das Postulat fordert einen Bericht zur Situation von Flüchtlingsfrauen und -Mädchen auf der Flucht und in der Schweiz. Der Bericht soll Antworten geben wie gezielt die Betreuung, Behandlung und Unterstützung von Flüchtlingsfrauen, die Opfer von sexueller Gewalt geworden sind, in der Schweiz ist. In diesem Zusammenhang soll auch untersucht werden, ob eine Unterstützung durch die Opferberatungsstellen sinnvoll wäre, was heute nach Gesetz nicht möglich ist (Unterstützung gibt es nur für Tatbestände in der Schweiz). Weiter stellt sich die Frage, ob auch Handlungsbedarf bei der Unterbringung von asylsuchenden Frauen und Mädchen besteht und ob diese angemessen betreut und vor Übergriffen in der Schweiz genügend geschützt werden. Der Bundesrat beantragte die Annahme der Vorlage.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt. <p><u>16.3416</u> (Postulat Nantermod): Patchworkfamilien. Lösungen für eine zeitgemässe Regelung der gesetzlichen Erbfolge.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen, wie das Zivilgesetzbuch geändert werden kann, damit Kinder aus Patchworkfamilien durch die gesetzliche Erbfolgeregelung nicht mehr benachteiligt werden. Der Bundesrat beantragt Annahme.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt.	



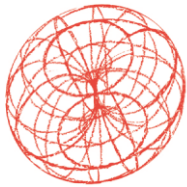
Datum	Nationalrat	Ständerat
12.12.2016	<p><u>15.3127</u> (Motion Bourgeois): Unbegleitete Minderjährige. Betreuung und Schulbildung sicherstellen.</p> <p>Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, im Zusammenhang mit unbegleiteten Minderjährigen im Asylverfahren sicherzustellen, dass: 1. alle Kantone das Übereinkommen über die Rechte des Kindes einhalten; 2. der Entscheid über die Aufnahme oder Wegweisung von unbegleiteten Minderjährigen nicht nach Erreichen der Volljährigkeit erfolgt, sondern erst nach Abschluss ihrer Ausbildung oder ihres Studiums in der Schweiz. Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt. <p><u>15.3142</u> (Motion Grunder): Zwingendes Anhörungsrecht und verbessertes Klagerecht für Grosseltern, Geschwister und nahe Verwandte.</p> <p>Die Motion beauftragt den Bundesrat, das Zivilgesetzbuch so zu ändern, dass nahen Verwandten mehr Einfluss bei der Frage der Einweisung von Kindern in Heime oder Pflegefamilien gewährt wird. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass 1. Grosseltern, Geschwistern und anderen nahen Verwandten ein zwingendes Anhörungsrecht gewährt wird, 2. das Klagerecht derselben gegen Entscheide der Behörden verbessert wird. Der Bundesrat lehnte die Motion ab.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt. <p><u>15.3190</u> (Postulat Feri): Evaluation des Bundesgesetzes über Kindesentführungen.</p> <p>Das Postulat beauftragt den Bundesrat, eine Evaluation des Bundesgesetzes über Kindesentführungen (BG-KKE) und der Bearbeitung von Kindesentführungsfällen durch die Bundesbehörden durchzuführen. Der Bundesrat beantragte die Ablehnung des Geschäfts.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Vorlage wurde in dieser Session noch nicht behandelt.	



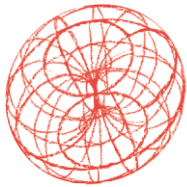
Datum	Nationalrat	Ständerat
13.12.2016	-	<p><u>16.3631</u> (Motion Kommission für Sicherheit und Gesundheit SR): Länger dauernde Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen.</p> <p>Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, im Rahmen der Erwerbsersatzordnung eine Bestimmung vorzuschlagen, die für Fälle, in denen ein Neugeborenes über drei Wochen im Spital verbleiben muss, eine länger dauernde Mutterschaftsentschädigung vorsieht. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Vorlage. Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Ständerat hat die Motion oppositionslos angenommen und folgte damit dem Bundesrat. Stimmt auch der Nationalrat zu, wird die Erwerbsersatzordnung angepasst.
14.12.2016	<p><u>16.3146</u> (Motion Föhn): Sicherung des Programms Jugend und Sport.</p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, für den Bereich Jugend und Sport im Voranschlag 2017 und den folgenden Finanzplanjahre ausreichend Mittel einzustellen, damit auf der Grundlage der aktuellen Beitragssätze die Nachfrage gedeckt werden kann. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Vorstosses, der Ständerat hat ihn angenommen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat als Zweitrat eine Motion überwiesen, die ausreichend Mittel für diese Sportförderung verlangt. Der Bundesrat hatte sich gegen die Motion ausgesprochen.	



Datum	Nationalrat	Ständerat
14.12.2016	<p>10.407 (Parlamentarische Initiative Humbel): Prämienbefreiung für Kinder. und 13.477 (Parlamentarische Initiative Rossini): KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.</p> <p>Die Vorlagen fordern eine Änderung von Artikel 61 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), welche die Einteilung der Alterskategorien Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene revidiert und die Versicherer verpflichtet, für diese Kategorien tiefere Prämien festzusetzen. Die Kommission für Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats folgt dem Bundesrat und empfiehlt, die Vorlage anzunehmen. Neu sollen also die Prämien von Kindern in Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen um mindestens 80 Prozent verbilligt werden, während die Prämien der jungen Erwachsenen in Ausbildung wie bisher um mindestens 50 Prozent verbilligt werden sollen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Kinder und junge Erwachsene sollen weniger Krankenkassenprämien zahlen. Das hat der Nationalrat am Mittwoch beschlossen. Eine Anpassung beim Risikoausgleich soll es den Krankenkassen erlauben, 19- bis 25-Jährigen einen Prämienrabatt von schätzungsweise 92 Franken zu gewähren. Dadurch sollen weniger junge Erwachsene auf Prämienverbilligungen angewiesen sein, was den Kantonen Einsparungen von bis zu 75 Millionen Franken ermöglicht. Mit dem Geld sollen sie die Kinderprämien von Familien mit tiefen und mittleren Einkommen senken, künftig mindestens um 80 Prozent. Heute sind es 50 Prozent. Gegen die Vergünstigungen für Kinder und junge Erwachsene hatten sich die SVP und teilweise auch die FDP gestellt.	



Datum	Nationalrat	Ständerat
14.12.2016	<p><u>14.4252 (Motion Trede): Staatssekretariat für Familie.</u> Die Vorlage beauftragt den Bundesrat, ein Staatssekretariat für Familie zu schaffen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung der Vorlage, der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Nationalrat lehnt die Motion mit 136 zu 54 Stimmen ab. Die Vorlage ist somit erledigt. 	
15.12.2016	-	<p><u>15.4163 (Motion Fiedl): Umsetzung der Uno-Agenda 2030. Institutionelle Vorkehrungen.</u> Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, durch geeignete institutionelle, prozedurale und politische Massnahmen sicherzustellen, dass die Departemente ihrem Auftrag nachkommen, die am Uno-Gipfeltreffen im September 2015 in New York verabschiedeten 17 Ziele und 169 Unterziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs) umzusetzen und periodisch Rechenschaft abzulegen. Die SDGs enthalten einige Ziele mit Bezug zur Kinderrechtskonvention (wenn auch ein kinderrechtsbasierter Ansatz fehlt). Der Bundesrat beantragt die Annahme der Vorlage, der Nationalrat stimmte der Motion knapp mit 95 zu 91 Stimmen zu.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat lehnt die Motion ab, das Geschäft ist somit erledigt. <p><u>16.3734 (Interpellation Seydoux): Welche Unterstützung für jesidische Familien?</u> Anlässlich der Situation der jesidischen Familien im Irak, möchte die Interpellantin vom Bundesrat wissen, ob er die jesidischen Frauen und Kinder als eine gefährdete Gruppe, die eine besondere Aufmerksamkeit verdient, einstuft und ob die Schweiz in diesem Bereich bereits etwas unternommen hat oder zu unternehmen plant, um im Nordirak humanitäre Hilfe für jesidische Frauen und Kinder zu leisten.</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Der Ständerat lehnt die Motion ab, das Geschäft ist somit erledigt.



Datum	Nationalrat	Ständerat
16.12.2016	<p>03.424 (Parlamentarische Initiative Abate): Sexuelle Handlungen mit Kindern. Erhöhung des Strafmasses gemäss Artikel 187 StGB.</p> <p>Die Vorlage beantragt, dass Artikel 187 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches geändert wird und eine Person, die mit einem Kind unter 16 Jahren eine sexuelle Handlung vornimmt, es zu einer solchen Handlung verleitet oder es in eine sexuelle Handlung einbezieht, künftig mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft wird.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat einer Fristverlängerung bis zur Wintersession 2018 zugestimmt. <p>10.322 (Standesinitiative Kt. BE): Bezahlter Urlaub für Eltern von schwerkranken Kindern.</p> <p>Es sollen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die es dem einen oder andern Elternteil ermöglichen, bei seinem Kind zu sein und es während der akuten Krankheitsphase zu betreuen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat hat einer Fristverlängerung bis zur Wintersession 2018 zugestimmt. <p>13.418 (Parlamentarische Initiative GLP) und 13.419 (Parlamentarische Initiative BDP) und 13.420 (Parlamentarische Initiative Grüne) und 13.421 (Parlamentarische Initiative SP) und 13.422 (Parlamentarische Initiative Fiala): Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren.</p> <p>Die Initiative verlangt, Verfassung und Gesetz so anzupassen, dass die Gleichstellung eingetragener Partnerschaften mit Ehen im Einbürgerungsverfahren sichergestellt wird. Die staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative Folge gegeben. Nachdem der Nationalrat dem Kommissionsvorschlag zugestimmt hat, beschloss der Ständerat, die Beratung des Geschäfts für mehr als ein Jahr auszusetzen.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Der Nationalrat will die Behandlung des Geschäfts für über ein Jahr aussetzen.	



Datum	Nationalrat	Ständerat
16.12.2016	<p>Schlussabstimmungen:</p> <p><u>13.030</u> (Geschäft des Bundesrats): Ausländergesetz. Änderung. Integration.</p> <p>Der Bundesrat schlägt mit der Vorlage Anpassungen vor, die die Arbeitsmarktintegration von erwerbsfähigen Personen aus dem Asylbereich verbessert und behandelt drei parlamentarische Initiativen zu den Themen: Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen (pa. Iv. 08.428), Handlungsspielraum für die Behörden beim Entzug einer Niederlassungsbewilligung im Fall von Sozialhilfeabhängigkeit (pa. Iv. 08.450) und zur Vereinheitlichung des Familiennachzuges (pa. Iv. 10.485). Aus kinderrechtlicher Sicht interessiert hierbei vor allem der Aspekt des erschwerten Familiennachzuges. Der Ständerat hat der Vorlage 2013 zugestimmt, nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative hat das Parlament diese jedoch zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückgewiesen. Der Nationalrat stimmte der neuen Vorlage des Bundesrats zu und verzichtet – anders als die vorberatenden Kommissionen – auf radikale Massnahmen beim Familiennachzug. Dieser bleibt auch künftig für vorläufig aufgenommene Personen nach drei Jahren möglich, sofern jene keine Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen. Der Ständerat ist in den meisten Punkten dem Nationalrat gefolgt. Dabei hiess er auch eine umstrittene Verschärfung gut: Wer eine Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) hat, kann diese wieder verlieren. Neu sollen die Behörden den C-Ausweis nun auch widerrufen beziehungsweise auf eine B-Ausweis zurückstufen können, wenn ein Ausländer oder eine Ausländerin nicht bereit ist, sich zu integrieren.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Mit 130 zu 67 Stimmen und einer Enthaltung wird die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz neu geregelt. <p><u>15.085</u> (Geschäft des Bundesrats): Fakultativprotokoll von 2011 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Genehmigung.</p> <p>Der Bundesrat unterbereitet dem Parlament die gesetzliche Vorlage zur Genehmigung des dritten Fakultativprotokolls zur UNO-Kinderrechtskonvention. Dieses sieht v.a. ein Mitteilungsverfahren vor, mit dessen Hilfe Einzelpersonen nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges Verletzungen der UN-Kinderrechtskonvention vor dem UN-Kinderrechtsausschuss geltend machen können. Das Fakultativprotokoll beinhaltet ausserdem ein zwischenstaatliches Mitteilungsverfahren und ein Untersuchungsverfahren. Durch Letzteres kann der UN-Kinderrechtsausschuss Fälle schwerwiegender oder systematischer Verletzungen der UN-KRK oder der Fakultativprotokolle von sich aus untersuchen, sofern der betroffene Vertragsstaat dies nicht ausgeschlossen hat. Die Auffassungen des Ausschusses in diesen Verfahren sind rechtlich nicht verbindlich und können durch Empfehlungen zu ihrer Umsetzung ergänzt werden. Der Ständerat hatte der Vorlage bereits zugestimmt.</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Die Schweiz kann dem dritten Fakultativprotokoll zur UNO-Kinderrechtskonvention beitreten, mit dem die Rechte der Kinder gestärkt werden sollen. Das Parlament hat das Geschäft in der Schlussabstimmung mit 132 zu 66 Stimmen und 39 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen verabschiedet.	